

Bericht aus dem Deutschen Bundestag

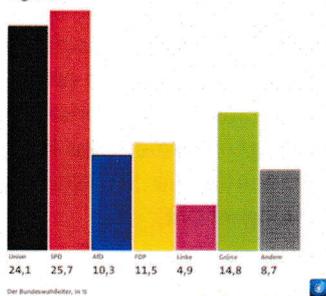
 Patricia Lips MdB



Selten fiel es derart schwer, einen allgemeinen Bericht zu formulieren, der derart unter dem Eindruck EINES Themas steht, und diesmal – da schriftlich - in damit verbundener Kürze. Deshalb biete ich an dieser Stelle an: Sollte darüber hinaus Gesprächsbedarf bestehen, lasst uns gerne Gespräche über den heutigen Tag hinaus vereinbaren. Mein Dank gilt wie immer der guten Zusammenarbeit mit dem Kreisverband! Den heute Gewählten wünsche ich viel Erfolg, ich freue mich auf eine gemeinsame, ebenso erfolgreiche Zukunft!

*Laschet,
Patricia Lips*

Bundestagswahl 2021
Ergebnis



Der Ausgang der Wahl erfolgte mit Ansage. Es lag jedoch nicht allein am Kandidaten. Nahezu zwei Jahre waren wir mit der Wahl von Parteivorsitzenden gelähmt. Es zeigte sich zudem, dass Regierungs- und Parteivorsitz in eine Hand gehören. Zu spät wurde der Wahlkampf organisiert, zu offen traten Unstimmigkeiten zwischen CDU und CSU zutage. Zerstrittenheit ist nie eine Basis für Erfolg. Mit dem Verlust der Mandate von Astrid Mannes und Stefan Sauer ist allein in Südhessen zudem eine große Lücke spürbar für uns alle eingetreten. Ich selbst übernahm den Nachbarwahlkreis in der Betreuung und hoffe wie auch im eigenen Wahlkreis, dass in den kommenden Wochen und Monaten deutlich mehr Begegnungen möglich werden als bisher. Meine eigenen Aufgaben haben sich ebenfalls verändert: Als stellvertretende Fraktionsvorsitzende arbeite ich nun für die Bereiche „Europa“ wie auch „Menschenrechte“, Themen, die nicht nur mich aktuell ganz besonders fordern.



Armin Laschet stellte bereits kurz nach der Wahl sein Amt als Vorsitzender zur Verfügung, wenn auch nicht sofort, so doch perspektivisch. Eine angesetzte Mitgliederbefragung zu den drei Kandidaten um die Nachfolge - Friedrich Merz, Helge Braun sowie ebenfalls erneut Norbert Röttgen - ergab bereits im ersten Wahlgang noch im Dezember ein eindeutiges Votum für Friedrich Merz. Die Bestätigung erfolgte auf dem virtuellen Parteitag im Januar. Die Wahl zum Fraktionsvorsitzenden – folgerichtig – fand im Februar statt. Denn auch hier gilt: In der Opposition sollten Partei- und Fraktionsvorsitz in einer Hand liegen. Alle Ergebnisse in großer Geschlossenheit zeigen: Jeder in der Partei ist sich bewusst, es geht jetzt um alles.



Vergleichsweise zügig fanden sich SPD/ Grüne/ FDP zusammen. Mitte Dezember wurden bereits die Ausschüsse im Bundestag konstituiert. Der Koalitionsvertrag ist ambitioniert, erwartungsgemäß mit Blick auf den Ausbau erneuerbarer Energien, aber auch beim Mindestlohn als reine politische Entscheidung (Präzedenzfall) oder gesellschaftspolitische Wendepunkte bei Themen wie den künftigen „Verantwortungsgemeinschaften“, dem Staatsbürgerrecht oder Wahlrecht ab 16 Jahre. Aufgrund der gebotenen Kürze nur die genannten Punkte. Die bisherigen Tagesordnungen werden nahezu ausschließlich von der Opposition bestimmt. Eigene Anträge der „Ampel“ bleiben bisher überschaubar. Es zeigen sich sichtbar erste Risse in der Koalition.

Das beherrschende Thema bildete jedoch bisher die **Impfpflicht**. Das wird so auch bleiben, selbst wenn die Wahrnehmung aktuell in den Hintergrund geraten ist. Noch im vergangenen Jahr wurde eine partielle Impfpflicht (Stichwort: Pflegerinnen und Pfleger) beschlossen, auch mit den Stimmen der CDU/CSU bzw. dem Bundesrat. Was jedoch nicht wie üblich folgte: Ausführungsbestimmungen seitens des Ministeriums. Damit war in weiten Teilen das Chaos perfekt. Insbesondere im Hinblick auf arbeitsrechtliche Konfliktsituationen und Kontrolle. Erfolgen zudem bis zum 19. März keine Anpassungen im Infektionsschutzgesetz, entfällt die bundesweite Rechtsbasis für Maßnahmen je nach weiterer Entwicklung der Pandemie.

War das Thema „Partielle Impfpflicht“ für die Koalition noch keine Gewissensfrage, so machte sie die Frage nach einer „Allgemeinen Impfpflicht“ dazu – einziger Grund: Sie hätte für eine Gesetzesvorlage keine eigene Mehrheit. Nun gibt es drei Abgeordneten-Anträge aus der „Ampel“: Impfpflicht ab 18, Impfpflicht ab einer höheren Altersgrenze, keine Impfpflicht. Die Union hat einen eigenen Antrag auf den Weg gebracht, der vorrangig erstmal die Grundlagen schaffen will, bevor man derart weitreichende Entscheidungen trifft. Dies in aller Kürze. Aktuell hätte keiner der Anträge eine Mehrheit. Inwieweit Positionen noch zusammengeführt werden können, werden die kommenden Tage zeigen.



60 Mrd. Euro, die für Maßnahmen aus der Pandemie bereitgestellt wurden, unter Inanspruchnahme der Ausnahmeregel für besondere Situationen im Grundgesetz, wurden im vergangenen Jahr nicht verausgabt. Statt dies zur Minderung der Schuldenlast dem Bundeshaushalt wieder zuzuführen, überführt die Koalition die Summe mit einem „Trick“ nun in eine Art Fond für Klima & Infrastruktur, um Projekte aus ihrem Koalitionsvertrag umsetzen zu können. Jenseits der durchaus wichtigen Themen: Das hat mit der Pandemie nichts zu tun, und nur dafür wurde die Schuldenregel ausgesetzt. CDU/CSU haben in Karlsruhe Klage eingereicht.



Heute die Ukraine – und morgen? Die Souveränität einer Nation wird kaltblütig unter Bruch des Völkerrechts in Frage gestellt. Nicht die Menschen in Russland sind Kriegsverbrecher, sondern Putin und seine Schergen. Europa, die Länder der NATO und weit darüber hinaus stehen in scharfen Sanktionen zusammen, die in Teilen auch uns selbst treffen. An vielen Stellen finden Mahnwachen statt. Aber Solidarität braucht Glaubwürdigkeit. Erst spät hat die Bundesregierung eingelenkt, lange beherrschten die „5.000 Helme“ das Bild von Deutschland. Die Erwartungen an uns werden hoch bleiben. Ein „Vorkriegszustand“, wie wir ihn bisher gekannt haben, wird es so nicht mehr geben. Dies gilt auch für Strukturen wie der Energieversorgung. Es gilt, ob wir es wollen oder nicht: In einer künftigen Ordnung werden wir eine Führungsrolle einnehmen.



100 Mrd.€ für die Bundeswehr, 2% des BIP für Verteidigungsausgaben auf Dauer. Nach dem Fall der Mauer und dem Zerfall der Sowjetunion war für viele, auch für uns, das Gefühl eines dauerhaften Friedens ausgebrochen. Die Folgen aus der Finanz- und Wirtschaftskrise führten zudem zu Einsparungen. Zur Wahrheit gehört jedoch: Seit Jahren setzt sich die Union für eine Erhöhung des Etats ein. In Teilen ist es gelungen, trotz Großer Koalition. Zur Erinnerung: Bereits mitten im Krieg verweigerte der SPD Fraktionsvorsitzende noch eine Erhöhung des Wehretats. Zwei Tage später der Paukenschlag des Kanzlers. Wir werden uns dem Ziel ganz sicher nicht verwehren. Dennoch dürfen wir nicht nur pauschale Mehrheitsbeschaffer sein. Alle Mittel müssen auch tatsächlich bei der Bundeswehr ankommen. Vorrangig im Blick: Die behäbige Beschaffungsstruktur.